

## »Rußland und China wollten nicht zum zweiten Mal betrogen werden«

*\* Der Nahostexperte, frühere Außenminister und Ministerpräsident Rußlands, Jewgeni Primakow, bezeichnet in der Tageszeitung Rossijskaja Gaseta (Montagausgabe) die Position seines Landes und der Volksrepublik China bei der jüngsten Abstimmung über die Syrien-Resolution im UN-Sicherheitsrat als »völlig begründet«. Junge Welt dokumentiert den Beitrag in der von der Nachrichtenagentur RIA Nowosti verbreiteten deutschen Übersetzung.*

Erstens: Die Ereignisse in Syrien, wie auch in Libyen, standen von Anfang an nicht mit der Vorstellung vom »Arabischen Frühling« als Volksdemonstrationen gegen autoritäre Regimes in der arabischen Welt im Einklang. In diesen beiden Ländern kam es von Anfang an zu bewaffneten Aktionen gegen die Macht. Wer diese Waffen geliefert und zu deren Einsatz angespornt hat – das wird mit der Zeit, da bin ich sicher, ans Licht kommen.

Zweitens: Vom Beginn dieser Ereignisse an haben die Medien eines überwältigenden Teils der westlichen und einiger arabischer Länder eine absolut unobjektive Position bezogen und die Entwicklung in Syrien einseitig als eine gewaltsame Niederschlagung friedlicher Demonstrationen geschildert, die für Demokratie kämpfen. Die syrischen Behörden haben die Aufhebung der Notstandssituation, die Abschaffung des Machtmonopols der regierenden Baath-Partei, die Herstellung eines Mehrparteiensystems sowie bevorstehende demokratische Wahlen des Präsidenten und des Parlaments verkündet. Von seiten der Opposition kam kein einziger entgegenkommender Schritt. Indessen bleibt ein wesentlicher, wenn nicht der überwiegende Teil der Bevölkerung des Landes auf der Seite der Regierung von Baschar Al-Assad.

Drittens: Geleitet von seiner Besorgnis über die Situation hat Moskau seine Dienste bei der Organisation von Verhandlungen zwischen der syrischen Regierung und der Opposition angeboten. Trotz einiger Stimmen aus dem Oppositionslager, die den Dialog mit der syrischen Staatsführung begrüßten, hat die Opposition die Kontakte kategorisch abgelehnt.

Viertens: Rußland und China haben die Annahme der Resolution des UN-Sicherheitsrates im Prinzip nicht abgelehnt und vorgeschlagen, diese so sehr wie möglich den bestehenden Realitäten anzupassen, weil davon ihre Effektivität abhängen konnte. Besorgnis haben allerdings Stellen im Resolutionsentwurf hervorgerufen, die einige westliche und arabische Länder vorgeschlagen hatten. Diese Stellen könnten, wie die Ereignisse in Libyen gezeigt haben, für eine bewaffnete Intervention in Syrien gebraucht werden. Wie es mir scheint, wollten Rußland und China nicht zum zweiten Mal betrogen werden. Erst vor kurzem hatten die USA diese Länder gebeten, ihr Veto-Recht nicht gegen die Libyen-Resolution der UNO anzuwenden ... Damals wurde aber dieser »unklare« Teil der UN-Resolution unmittelbar für den Sturz des Ghaddafi-Regimes gebraucht.

Was steht hinter der antisyrischen Position? Die USA und ihre NATO-Verbündeten wollen die im Frühjahr 2011 entstandene Situation in der arabischen Welt ausnutzen und die ihnen unangenehmen arabischen Regimes beseitigen. Syrien ist hauptsächlich deshalb zum Opfer geworden, weil es dem Iran nahesteht. Die Beseitigung des jetzigen Regimes in Syrien ist ein Teil des Plans zur Isolation des Iran.

Warum haben aber die meisten arabischen Länder eine Position gegen die Führung von Baschar Al-Assad bezogen? Ich denke, daß die wachsenden Widersprüche zwischen den beiden religiösen Grundtendenzen im Islam – den Sunniten und den Schiiten – die Hauptrolle gespielt haben. Nach der US-Militäroperation im Irak haben sich diese Widersprüche besonders stark zugespitzt. Die syrische Regierung ist hauptsächlich durch Alewiten vertreten, die den Schiiten nahestehen. Vom Standpunkt der Arabischen Liga gesehen, die hauptsächlich »Sunniten-Staaten« vereint, besteht aber die Gefahr eines »Schiiten-Gürtels« vom Irak über den Iran bis nach Syrien und den Libanon.

Was könnte im Falle eines Sturzes des Regimes in Syrien geschehen? Die Verfasser des abgelehnten Resolutionsentwurfs des UN-Sicherheitsrates sollten sich darüber Gedanken machen. Es gibt bereits genügend beredte Beispiele dafür, wozu eine unverantwortliche Politik im Nahen Osten und im Norden Afrikas führen kann.